WP-01-K3-583

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Maximilian Gleich (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 582 bis 584 einfügen:
bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Für Unternehmer*innen ist es eine unnötige zusätzliche Belastung, wenn sie sich bei Behörden für die Arbeitserlaubnis ihrer Angestellten einestzen müssen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze

Begründung

Viele Unternehmer*innen klagen über zusätzliche Belastungen durch den Streit mit Behörden um Arbeitserlaubnisse und Aufenthaltstitel ihrer Angestellten oder Auszubildenden in einer ohnehin schon herausfordernden Zeit. Diese Belastung sollten wir ernst nehmen und in unser Programm aufnehmen. Wenn die Einstellung von Geflüchteten für Arbeitgeber mit erheblichen Hürden verbunden ist, führt das zu einer Ungleichbehandlung.

weitere Antragsteller*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Colin Christ (KV Heilbronn); Felix Schmitz (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Liliana Marie Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/ Zehlendorf); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Hannes Sturm (KV Freiburg); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Benjamin Dick (KV Aachen); Raphael Putz (KV Esslingen); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Johannes Anton Röder (KV Speyer); Miriam Laux (KV Stuttgart); Maximilian Schulz (KV Mannheim); Henrik Schmidt-Heck (KV Roth); Malte Stratenwerth (KV Aachen); Sebastian von Schwerin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.